

Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Buscha, Dorsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchsheim, Groß- und Kleinsieberg, Klinge, Köhre, Lindhardt, Pomßen, Stauditz, Throna ufm.)
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Er erscheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr
für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mk. 2.—, 1/2 jährlich Mk. 9.—
durch die Post bezogen einzeln, der Postgebühren Mk. 9.75. Im Falle höherer
Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezugs-
nehmer Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die 6spaltige Korpuszeile 60 Pfg., auswärts 75 Pfg., 4spaltige
Zeile Mk. 1.20, 2spaltige Mk. 1.80. Beleggebühren pro Nummer Mk. 2.—.
Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages,
früher noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Aufträge entgegen. —
Bestellungen werden von den Anzeigen- oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Verantwortl. Amt Naunhof Nr. 2

Druck und Verlag: Gänge & Co., Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 55

Mittwoch, den 11. Mai 1921

32. Jahrgang

Amtliches.

Verteilung von amerikanischem Weizenmehl.

In der Zeit vom 11.—14. Mai [Sumi] der vom 9. Mai bis 5. Juni 1921 geltenden Brotharte

350 g amerikanisches Weizenmehl

zum Preise von 2,45 Mk. ausgeben.
Für die Ende Mai d. J. stattfindende Verteilung haben die Verkaufsstellen sämtliche Anmeldungen bis spätestens 19. Mai d. J. unter Beifügung des mit dem Gemeindefestempol versehenen Kopfschlüssels der für die Zeit vom 9. Mai bis 5. Juni geltenden Brotharte an die Getreidegeschäftsstelle des Bezirksamtes neu einzu-reichen. Dabei wird ausdrücklich bemerkt, daß spätere Anmeldungen nicht berücksichtigt werden können und den Verkaufsstellen nur soviel Mehl zugewiesen wird, als Kopfschlüssel der Brotharte hier eingereicht worden sind.

Den Brotharteninhabern wird anheimgegeben, die Neuanmeldung bei den Geschäften, von denen sie beliefert werden wollen, bis spätestens 18. Mai 1921 zu bewirken, widrigenfalls sie Mehl nicht erhalten können.

Grimma, 6. Mai 1921.

Getr.

Der Westfälische Kommunalverband für den Bezirksverband Grimma.

Stadtgemeinderatsitzung

Donnerstag, den 12. Mai 1921, abends 7 Uhr.

Tagesordnung befindet sich im Rathaus am Brett.

Sparkasse der Vereinsbank Naunhof in Naunhof.

Tägliche Verzinsung der Einlagen mit 4 %.

Übertragungen durch unser Postsparkkonto Leipzig No. 10783 spesenfrei. — Geschäftszelt 9—1 Uhr.

Kleine Zeitung für etliche Leser.

- * Die Kritik des an Deutschland gerichteten Ultimats der Alliierten läuft am 11. Mai um Mitternacht ab.
- * Die für den 9. Mai angelegte Vollziehung des Reichs-tages hat nach dem Beschluß des Reichsausschusses aus.
- * Der preussische Staatsrat hat seine nächste Sitzung auf den 27. Mai anberaumt.
- * Die Interalliierte Kommission für Oberschlesien soll die Stadt Oppeln verlassen haben.
- * Das Berliner Kommunistenorgan die „Rote Fahne“ ist erneut beschlagnahmt worden.
- * Der Landrat von Sangerhausen, der unabhängige Sozialist Radpar, ist auf Veranlassung des Sondergerichtes verhaftet worden.
- * Der Brinngemahl der Niederlande hat dem Grab der Kaiserin Auguste Viktoria in Potsdam einen Besuch abge-geliefert.
- * Der japanische Kronprinz ist in England eingetroffen und hat eine Proklamation an das englische Volk erlassen.
- * Zum Präsidenten von China wurde Sunjatsen erwählt.

Handelsvertrag mit Rußland.

Den Verträgen mit England und Polen hat Rußland, das Rußland Lenins und Trozki, nunmehr auch einen Vertrag mit Deutschland folgen lassen. Nicht den ersten heißt, den wir seit dem in Versailles für nichtig erklärten Friedensschluß von West-Litowol mit den Nachfolgern der ehemaligen Jarentregierung geschlossen haben. Aber die früheren Abmachungen waren eng begrenzter Natur und ließen die allgemeine Befähigung unserer Beziehungen zu Sowjetrußland immer noch offen. Der jetzt von beiden Seiten unterzeichnete Vertrag dagegen ruht schon auf ziemlich breiter Basis, wenn er auch noch keine volle Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern bedeutet. Er knüpft an die um der Kriegsgefangenen und Zivilinternierten willen vor Jahresfrist geschlossenen Fürsorgestellen in Moskau und Berlin an. Die Leiter dieser Behörden hatten schon bisher die Befugnis zur Anbahnung von Gelegenheitsgeschäften mit Vertretern der Handels- und Industriekreise, und auf diese Weise sind bereits in Deutschland sowohl wie in Rußland verschiedene mehr oder weniger umfangreiche Warenlieferungsverträge zustande gekommen. Auf die Dauer aber konnte dieser Notbehelf den Bedürfnissen nicht genügen. Säden wie drüben drängte alles auf Erweiterung der Einzelbeziehungen hin, und da England sowohl wie die Vereinigten Staaten in diesen Punkten schon seit langem alle Bedenken hatten fallen lassen, so kamen auch die deutsch-rußischen Verhandlungen darüber mehr und mehr in Fluß. Bis im Februar dieses Jahres in Moskau ein Protokoll unterzeichnet werden konnte, das nunmehr die Zustimmung beider Regierungen gefunden hat.

In Zukunft sollen danach die genannten Fürsorgestellen für Kriegsgefangene die Interessen ihrer Staatsangehörigen wahrnehmen und durch besondere Handels-

Verbindungen die Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern pflegen dürfen. Zu diesem Zweck werden ihnen gewisse konsularische Befugnisse verliehen. Die russische Regierung verpflichtet sich, das Eigentum der auf Grund des Abkommens nach Rußland einreisenden deutschen Staatsangehörigen durch besondere Schutzbriefe sicherzustellen, was bei den augenblicklich in Rußland zurzeit maßgebenden Rechtsbegriffen gewiß keine überflüssige Vorsichtsmaßnahme ist. Ebenso notwendig war die ausdrückliche Übernahme der Verpflichtung, sich jeder Propaganda gegen die Staats- und Rechtsverhältnisse im andern Lande zu enthalten. Man möchte glauben, daß in Zukunft sogar auch auf Innehaltung dieser Verpflichtung von Seiten der russischen Beamten und Agenten bis zu einem gewissen Grade wenigstens gerechnet werden darf. Den beiderseitigen Vertretern wird auch die Befugnis zur Legalisation und Beglaubigung von Urkunden beigelegt, da nur auf diese Weise unendlich zeitraubende Schwierigkeiten im Nachbarverkehr überwunden werden können. Materielle Wichtigkeit besitzen die Artikel 12 und 13 des Abkommens, in denen der Versuch gemacht wird, die grundsätzliche Verschiedenheit des russischen Wirtschaftssystems mit dem in Deutschland herrschenden freien Handel in Einklang zu bringen. Noch ist ja dieser freie Handel in Rußland grundsätzlich verboten, so daß nur der russische Staat als Gegenkontrahent des deutschen Kaufmanns für abzuschließende Rechtsgeschäfte in Frage kommt. Die russische Regierung erkennt nunmehr ihre Verbindlichkeit für alle Rechtsgeschäfte und Rechtshandlungen ihrer Vertreter in Deutschland ausdrücklich an und unterwirft sich in dieser Beziehung den deutschen Gesetzen, der deutschen Gerichtsbarkeit und der deutschen Zwangsvollstreckung, sofern die Handelsgeschäfte auf Grund dieses eben zustandekommenen Abkommens in Deutschland abgeschlossen worden sind. Sind sie in Rußland abgeschlossen, so wird die Ausnahme einer Schiedsgerichtsklausel in die Verträge aufgenommen, deren näherer Inhalt Sache jedes abschließenden Einzelkaufmanns ist. In Zukunft können danach Klagen aus solchen in Deutschland vorgenommenen Rechtsgeschäften in Deutschland angestrengt und der hiesigen russischen Vertretung gestellt werden, was bisher angesichts der Exterritorialität dieser Agenturen nicht möglich war.

Soweit in großen Umrisen der Inhalt des Abkommens. Man kann gegen ihn natürlich all die Einwendungen erheben, die gegen jeden gleichviel wie gearteten Vertrag mit der Sowjetregierung aus bekannten Gründen sich einstellen. Immerhin muß anerkannt werden, daß diese Sowjetregierung unser vorläufiges Abkommen, soweit es die Heimsendung deutscher Kriegsgefangener und Internierter betraf, im großen und ganzen eingehalten hat. Bedenklich bleibt allenfalls die Propagandafrage; doch bleibt sie das ebenso sehr im Falle von Vertragsbindungen wie von Nichtbindungen. Das Entscheidende ist und bleibt die Aufmerksamkeit unserer Grenz- und Inlandsbehörden, die unter keinen Umständen erlahmen darf. Und was die Stärkung der Stellung der Moskauer Gewalttäter anbelangt, so ist das ein Gesichtspunkt, der für uns gewiß nicht ausschlaggebend sein kann, gegenüber der Notwendigkeit, die Interessen der deutschen Staatsangehörigen mit allen uns verbliebenen Kräften wahrzunehmen. Das internationale Ansehen der Sowjetregierung hängt ungleich mehr von anderen Faktoren ab, auf die wir gar keinen Einfluß haben. Aber zu warten, bis die Geschichte ihr endgültiges Urteil über die Lenin und Trozki gefällt hat, dazu sind wir denn doch nicht in der Lage. Eben in diesem Augenblick scheinen sich in Moskau sehr weittragende Ereignisse abzuspielden. Der Rücktritt von Sinowjew sowie der Hauptsetzung der außerordentlichen Kommissionen deuten auf eine schwere Krise hin, in der Lenin sozusagen als Träger der gemäßigten Richtung Sieger zu bleiben scheint. Man sieht danach, daß auch für Sowjetrußland das letzte Wort noch lange nicht gesprochen ist.

Schöne Worte Lloyd Georges.

Deutschland möge nur unterschreiben.

Der englische Ministerpräsident Lloyd George hielt wieder einmal eine große Rede über die allgemeine politische Lage. Er streifte dabei den englischen Streit, die Lage in Oberschlesien und kam dann auf Deutschland zu sprechen. Dabei gab er — ähnlich wie in Spa — der Hoffnung Ausdruck, daß die Klugheit in Berlin das Übergewicht erhalten würde, und sagte weiter:

„Es ist dies nicht nur für Europa, sondern auch für Deutschland selbst von großer Wichtigkeit. Wenn Deutschland gemäß dem Versailler Friedensvertrag die Entwaffnung durchgeführt habe, so habe es auch das Recht, von den Alliierten zu fordern, daß auch Polen seine Truppen entwaffne. Großbritanniens ist der Ansicht, daß man Deutschland als Unterlegenen mit fair play behandeln solle. Denn, wenn der Friedensvertrag von ihm durchgeführt werden soll, so müssen notwendigerweise auch alle andern die Bedingungen erfüllen.“

Lloyd Georges Reden — soweit sie Deutschland betreffen — werden meist im Widerspruch zu seiner Handlungsweise. Auch diesmal werden sich wohl nur wenige Leute finden, die Vertrauen zu der Gerechtigkeitsliebe des englischen Premier haben.

Schnellste Befreiung des Ruhrreviers.

Der französische Botschafter Bertinax schreibt im „Echo de Paris“: „Für uns bleibt die bedeutendste Angelegenheit die Befreiung des Ruhrgebietes in möglichst kürzester Frist, was immer auch die Entscheidung sein möge, die die Minister des Deutschen Reiches von heute bis zum 12. Mai treffen werden. Wenn die Ereignisse, die jetzt im Laufe sind, sich entwickeln, ohne daß wir dieses unerlässliche Pfand ergreifen können, dann muß die Partie, die Ministerpräsident Briand eingeleitet hat, als verloren betrachtet werden. Denn alles wird noch einmal von neuem zu machen sein; es kann uns doch nur zu Enttäuschungen führen.“

Eine warnende Stimme.

Die „Baseler Nachrichten“ wenden sich entschieden gegen die Londoner Beschlüsse, durch die die von den Verfallern Signalarmaturen übernommene Verpflichtung, Deutschlands Vertretern nach Billigkeit Gehör zu geben, einfach aufgehoben worden sei. Nach Ansicht des Blattes steht der Unterzeichnung viel mehr als die Höhe der geforderten Beiträge das Zusatzprotokoll über Deutschlands Lieferungen von Materialien und Arbeitskräften entgegen. Diese Bestimmung enthalte den Schlüssel zum Werk der absoluten Verklammerung Deutschlands, die Arbeiterdeportationen im ganz großen Stil ermöglichte.

Der Feldzug gegen Oberschlesien.

Korstant auf den Spuren von Döll.

In den überfallenen Gebieten ist die Lage andauernd gefährdet. Die Linie des von den Aufständischen besetzten Gebietes verläuft vom Norden des Kreises Rosenberg beginnend östlich Sechowitz, östlich Bantau, westlich Mendrin, östlich Turawa und Kraskewo, östlich der Masopane und Tarnau, westlich Leschnitz, östlich Randzgin, schräg längs der Oder bis zur Grenze. In der rein deutschen Stadt Katowitz ist das Standrecht verhängt worden. Jeder Zivilist, der mit Waffen angegriffen wird, wird nach dem Befehl der Interalliierten Kommission erschossen. Die Stadt Katowitz befindet sich in den Händen der Aufständischen. Die Franzosen sind abgezogen. Die im „Reichshof“ untergebrachte französische Kommandantur erklärt, die Polen seien eingezogen, um Ordnung zu schaffen.

Auf den Straßen und Plätzen der Stadt ist folgende Veröffentlichung zu lesen: „1. Die Arbeit kann in vollem Umfange am Montag wieder aufgenommen werden. 2. Die Straßenbahnen und Eisenbahnen werden Tag und Nacht wieder verkehren. 3. Die irregulären Truppen sollen sich so schnell wie möglich zurückziehen. Die Truppen der Interalliierten Kommission werden in vollem Maße den Schutz der ruhigen Bürger übernehmen. 4. Ruhe, Ordnung und Sicherheit kann nur aufrecht erhalten werden, wenn die Bürgerschaft sich von allen Demonstrationen fern hält. Volksgenossen, haltet die Straßen frei, unterstützt eure bewährten Führer in der Aufrechterhaltung der Ordnung.“ Die Unterzeichner sind die deutschen Gewerkschaftsführer, die am Sonnabend zur Interalliierten Kommission nach Oppeln gefahren waren. Der Aufruf ist vom französischen Kreisinspektor genehmigt.

Keine Hilfe der Alliierten.

Die der Pariser „Temps“ mitteilt, hat das militärische Komitee von Versailles die Vorschläge der englischen Regierung, in Oberschlesien die Aufrechterhaltung der Ordnung dadurch sicherzustellen, daß man das kritische Industriegebiet durch interalliierte Truppen besetzen lasse, die übrigen Gebiete dagegen Polen resp. Deutschland schon jetzt übermitteln solle, abgelehnt. Die militärischen Sachverständigen seien der Ansicht, daß die vorgeschlagenen Maßnahmen nicht ergriffen werden sollten, da sich im übrigen auch die Lage in Oberschlesien zu bessern scheint.

Es scheint also, als wenn die Entente die Dinge lassen will, um nachher, wenn nichts mehr zu helfen ist, die gegebenen Tatsachen zum Schaden Deutschlands als unabhängig anzuerkennen. In verschiedenen Gegenden haben sich die Deutschen zur Bekämpfung der polnischen Auf-rührer zusammengeschlossen und versuchen der deutschen Sache zu helfen. Leider ist die deutsche Regierung nicht in der Lage, irgendwie helfend einzugreifen. Randzgin wird trotz schwerer Kämpfe auch weiterhin behauptet. Die Verluste der Insurgenten sollen dort gegen sechzig Tote betragen. Die Stadt Kofel wurde von den Polen über-rumpelt. Man hört Artillerie- und Mienenfeuer. Die Eisenbahnbrücke über die Oder zwischen Kofel und Randzgin wird unter polnischem Feuer gehalten. Auch Leschnitz wird von den Aufständischen stark angegriffen. In das Oppelner Krankenhaus wurden etwa dreißig Verwundete eingeliefert. Die Schutzpolizei wird dauernd verstärkt, ist jedoch noch völlig unzureichend. Freiwillige können nur zu einem geringen Teil Aufnahme finden. Landabfälle wurde wieder von polnischen Banden befehzt. In Laband wurden die deutschen Beamten ohne jeden Widerspruch der französischen Bedienung von polnischen Aufständischen auf dem Bahnhof aus dem Zuge geholt, bis auf Fernb ent-freitet und in eine Scheune gesperrt. In dem Lazarett von Bilschen, Kreis Kreuzburg, sind verwundete Insurgenten untergebracht, die Angehörige des 6. und 13. Grenzregiments sind. Hierdurch ist die aktive Teilnahme regulären polnischen Militärs an dem Aufstand wiederum